

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 76 (1989)
Heft: 1: Erziehen zu weltweiter Gerechtigkeit

Rubrik: Schulszene Schweiz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rücktritt beim Bundesamt für Bildung und Wissenschaft

Ende 1989 tritt Prof. Urs Hochstrasser als Direktor des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft (BBW) zurück, um sich wissenschaftlichen Aufgaben zu widmen. Der Bundesrat hat am Mittwoch mit Dank für die geleisteten Dienste von diesem Rücktritt Kenntnis genommen. Der 1926 geborene Hochstrasser hatte die Leitung des BBW 1969 übernommen.

Mit Spannung zum vermehrten Lesen anregen

Die Broschüre «Das Buch – Dein Freund» ist 1988/89 für die Erst- bis Drittklässler konzipiert. Sie enthält Textauschnitte und Bilder aus der neueren Buchproduktion, mit denen Sieben- bis Neunjährige zum Lesen angespornt werden sollen. «Das Buch – Dein Freund» wird in diesen Tagen allen Unterstufenschülern des Kantons verteilt. Herausgegeben wurde es von der Kantonsgruppe Zürich des Schweizerischen Bundes für Jugendliteratur.

1798 schrieb Johann Gottfried Herder seinem Freund Friedrich Heinrich Jacobi: «Lies nicht! Das verruchte Lesen schwächt die Seele und den Körper. Man wird aus sich selbst gerissen und hat im eigentlichen Sinn fremde Gedanken.» Ob ironisch gemeint oder nicht, die Aufforderung bedeutet einen Verzicht auf Erweiterung des Horizonts und damit auf persönliche Entwicklung. In sich selber zu verharren und jeder geistigen Anstrengung aus dem Weg zu gehen, scheint immer mehr Leuten zu passen, sonst gäbe es keine solch eklatante Zunahme an erwachsenen Analphabeten, das heisst an Leuten, die trotz früheren Schulbesuchs nur noch mit Mühe etwas lesen oder schreiben können.

In einer Untersuchung über das Leseverhalten Jugendlicher stellte das Schweizerische Jugendbuch-Institut kürzlich fest, dass die Neigung zum Lesen in erster Linie vom Elternhaus bestimmt wird. Die Schule hat bloss Ersatzfunktion. Wenn aber Lehrer mit ihren Schülern lust- und sinnvolles Lesefördern betreiben, ist die Wirkung nachhaltig. Die Broschüre «Das Buch – Dein Freund» bietet auf kurzweilige Art eine Fülle von Leseanregungen.

Die Abschnitte aus Kindergeschichten und -romanen sind mit Einführungen und mit Fortsetzungshinweisen versehen. In sehr guten Texten wie denen von Franz Hohler, Astrid Lindgren, Gudrun Pausewang oder Christine Nöstlinger liegt so viel Spannung, dass nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene gerne wüssten, wie es weitergeht.

Katholische Schulen suchen die Kooperation

Vom 20. bis 22. Oktober haben sich über fünfzig Rektorinnen und Rektoren, Lehrerinnen und Lehrer sowie Ordensobern aus der ganzen Schweiz in Lausanne mit den modernen Methoden des Managements ausein-

andergesetzt. Im Mittelpunkt stand die Frage der Zusammenarbeit auf lokaler, regionaler und schweizerischer Ebene.

«Schulmanagement ist dann erfolgreich, wenn es zukunftsorientiert, effizienzorientiert und zufriedenheitsorientiert ist.» Dies war eine der Hauptaussagen der diesjährigen traditionellen Herbststudientagung, an welcher als Gastreferent der Berner Verbandsexperte PD Peter Schwarz mitwirkte. Die drei Tage dienten dazu, sich mit den heutigen Methoden des Managements vertraut zu machen. Von verschiedener Seite wurde das nicht ausgeschöpfte Potential der Zusammenarbeit beleuchtet. Schwarz legte grossen Wert auf eine Grundvoraussetzung aller Kooperation: Vertrauen und Transparenz. Er plädierte dafür, klare Handlungs- und Entscheidungsspielräume zwischen der Leitung und den Trägern einer Schule zu schaffen. Gerade diese Forderung wird in den nächsten Jahren an Aktualität noch zunehmen, da in vielen Ordensschulen die Trägerschaft und Leitungsstruktur überdacht werden müssen.

Der Präsident der veranstaltenden Organisation, der Konferenz der Katholischen Schulen und Erziehungsinstitutionen der Schweiz (KKSE), Gilbert Bugnon vom Institut Florimont in Genf, selber Ordensmann, appellierte an die Ordensverantwortlichen, diese Öffnung der Schulen vorzunehmen und die Laien tatsächlich in die Verantwortung für die Leitung katholischer Schulen einzubeziehen. Öffnung, so Bugnon, sei Voraussetzung, Öffnung auf eine christliche Schau der Welt, auf alle Schichten der Bevölkerung, auf neue mögliche *Schulzüge*, kurz eine grundsätzliche Öffnung, die nicht nur Auftrag, sondern auch Erfolgskriterium werden könne.

Der Geschäftsführer der KKSE, Bruno Santini-Amgarten, warnte vor dem «binären Denken» und lud dazu ein, langfristig und in Alternativen zu denken und zu handeln. Die Existenz der Schule dürfe nicht von der Möglichkeit bzw. Unmöglichkeit des Ordens, eine Schule zu führen, abhängig gemacht werden, sondern es seien verschiedene Formen der Trägerschaft und der Leitungsstruktur zu entwickeln.

Innerschweizer Lehrpläne weiter koordinieren

Der Zentralschweizerische Beratungsdienst für Schulfragen (ZBS) möchte die Lehrpläne an den Primarschulen und auf der Orientierungsstufe weiter vereinheitlichen. Nun liegt ein Planungsbericht vor, der einen Überblick über den gegenwärtigen Stand des gesamten Lehrplanwerkes ermöglicht. In den nächsten acht Jahren sollen nun alle Fächer auf allen Schulstufen in den Innerschweizer Kantonen weitgehend koordiniert werden.

Der Obwaldner Regierungsrat Alfred von Ah, Präsident der Innerschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (IEDK) erörterte die Bedeutung des Zentralschweizeri-

schen Beratungsdienstes für Schulfragen (ZBS) im Rahmen der Schulkoordination der Zentralschweizer Kantone. Die Luzerner Erziehungsdirektorin Brigitte Mürner betonte im weiteren die beraterischen und wissenschaftlichen Funktionen des ZBS im Bildungswesen. Oft werde den Fachleuten des ZBS vorgeworfen, ihre Tätigkeit sei zu theoretisch und wenig praxisnah, meinte Brigitte Mürner und stellte diese «falsche Vorstellung» klar in Abrede.

Eines der wichtigsten gegenwärtigen Projekte beim ZBS ist die Erstellung und Koordination von Lehrplänen. Laut Erziehungsgesetz liegt es im Autonomiebereich der Kantone, selbständig über Art und Einführung neuer Lehrpläne zu entscheiden. «Gegenwärtig laufen bei uns 16 einzelne Lehrplanprojekte», orientierte Felix Oggenfuss, Leiter des ZBS, und in den kommenden Jahren werde man sich weiter engagiert damit befassen müssen. Bereits heute zeichneten sich allgemeine Trends ab. Veränderungen werden weniger über Organisation und Strukturen gesucht, sondern vermehrt über das Engagement der beteiligten Lehrer. Der ZBS strebt als Folge dieses Trends ortsnahe Lösungen an. «Das Schulhaus gewinnt wieder an Bedeutung, die Zusammenarbeit in der kleinen, überschaubaren Einheit wird wichtiger», betonte Oggenfuss. Um allen Beteiligten die Übersicht über die langjährigen Lehrplanarbeiten zu erleichtern, hat nun der ZBS einen Planungsbericht ausgearbeitet, der gleichzeitig ein wichtiges Instrument für die weiteren Arbeiten der kommenden Jahre sein wird.

Einführung ist entscheidend

Wie weit sind nun diese Lehrplanarbeiten heute fortgeschritten? Die Lehrpläne auf der Orientierungsstufe sind weitgehend abgeschlossen. «Neben der Berücksichtigung der didaktischen Tendenzen in den einzelnen Fächern wurden auch neue Anliegen wie Berufswahl-orientierung, Wirtschaftskunde, staatsbürgerliche Bildung und Gemeinschaftserziehung in die Lehrpläne aufgenommen», steht im Planungsbericht. Noch weniger weit ist man mit den Lehrplänen für die Primarschule. Hier erscheint demnächst der «Lehrplan Deutsch» als erster definitiver Lehrplan, während verschiedene andere Fächer erst in der Vorbereitungsphase stecken. Xaver Winiger vom ZBS, der den Lehrplanbericht ausgearbeitet hat, hofft mit der nun erstellten Übersicht, die Lehrer besser auf die zu erwartenden Neuerungen vorzubereiten. «Entscheidend ist schliesslich, wie gut es gelingt, die neuen Pläne einzuführen und in die Schulpraxis umzusetzen», hat man laut Winiger beim ZBS erkannt und deshalb genaue Vorbereitungsabläufe mit Fortbildungs-, Vertiefungs- und Fachberaterkursen erstellt.

Abschluss 1996

In Zusammenarbeit mit den einzelnen Lehrern werden nun in den kommenden Jahren sowohl auf Primarschul- wie auch auf Orientierungsstufe die Entwicklungsarbeiten aus der Schulpraxis heraus vorangetrieben. Nach Vernehmlassungs- und Erprobungsphasen rechnet man beim ZBS damit, dass bis zum Jahre 1996 auf allen Schulstufen für die Innerschweizer Kantone sämtliche Lehrpläne ausgearbeitet sein werden. Dabei sollen sich diese auf die einzelnen Kantone massgeschneiderten Pläne im Detail nur wenig voneinander unterscheiden. (ps. in «Vaterland», 25.10.88)

Keine Ausdehnung von Jugend und Sport

Die Tätigkeit von Jugend und Sport (J+S) wird vorläufig nicht ausgedehnt. Mit achtzehn zu sechs Stimmen hat sich der Ständerat gegen ein Postulat von Esther Bühler (SP, Schaffhausen) ausgesprochen, das auch 12- und 13jährige in das Programm einbeziehen und finanziell unterstützte J+S-Kurse im nahen Ausland, beispielsweise im Skigebiet des Schwarzwaldes, zulassen wollte.

Bundesrat Flavio Cotti erinnerte an die Zielsetzung dieser wichtigen Institution, nämlich den Sportbetrieb der Jugendlichen nach der Schulzeit zu fördern. Es bestehe kein Grund, eine neue Bundeskompetenz zu schaffen, nachdem diese Aufgabe erst den Kantonen übertragen worden sei. Auch die Tatsache, dass noch nicht alle Kantone für die Jüngeren ein Anschlussprogramm beschlossen hätten, sei kein Grund für eine Änderung. Das Erfordernis «innerhalb der Schweizer Grenzen» sei in der Zuständigkeit der Militärversicherung und der Begrenzung zu sehen. Zudem könne damit die Mobilität der jungen Leute gefördert werden. Es sei beispielsweise ganz gut, meinte der Tessiner Bundesrat, wenn ein junger Schaffhauser einmal nach Airolo zum Skifahren gehe.

Eidgenössische Maturitätsprüfungen 1988

Im laufenden Jahr haben von insgesamt 1250 Kandidatinnen und Kandidaten (im Vorjahr: 1197) 965 (886) die eidgenössische Maturitätsprüfung bestanden: 12 im Typus A (mit Latein und Griechisch), 170 im Typus B (mit Latein und modernen Sprachen), 284 die Realmaturität (Typus C), 242 die neusprachliche Maturität (Typus D) und 257 die wirtschaftswissenschaftliche Maturität (Typus E).

Zunehmender Lehrlingsmangel?

Auf dem Schweizer Lehrstellenmarkt zeichnen sich wachsende Rekrutierungsschwierigkeiten und zunehmende Ungleichgewichte ab. Die eidgenössische Kommission «Jugendliche und Arbeitsmarkt» zeigt sich wegen dieser Entwicklung besorgt, obschon sie mit Befriedigung von der geringen Jugendarbeitslosigkeit und den guten Plazierungschancen der Schulabsolventen Kenntnis nehmen konnte.

Nach Auskunft des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga) betrug die *Arbeitslosenquote* in den ersten 10 Monaten 1988 bei den Jugendlichen unter 20 Jahren 0,2 Prozent. Wie die von Biga-Direktor Klaus Hug präsierte Kommission feststellen konnte, haben die diesjährigen Schulabsolventen im allgemeinen ausgezeichnete Chancen, eine passende Lehrstelle zu finden.

Mit einer gewissen Besorgnis beurteilt die Kommission die weitere Entwicklung auf dem Lehrstellenmarkt, da sich zunehmend Zeichen eines Ungleichgewichts, ja einer Austrocknung bemerkbar machen. In den Berufen des Gastgewerbes, des Baus, des Auto- und des Lebensmittelgewerbes blieben bereits zahlreiche Lehrstellen unbesetzt, während in den kaufmännischen, den kunstgewerblichen und den elektronischen Berufen die Nachfrage das Angebot an Ausbildungsplätzen noch immer übersteige. Dabei seien allerdings starke regionale Unterschiede festzustellen.

Rechtschreibreform für die deutsche Sprache

Die Kommission für Rechtschreibfragen am Institut für deutsche Sprache in Mannheim hat am 17. Oktober 1988 einen «Vorschlag zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung» vorgelegt. Sie hat damit vorab in den deutschen Medien eine lebhaftige Diskussion ausgelöst. Worum geht es, und inwieweit ist die Schweiz davon betroffen?

Jede Sprachgemeinschaft braucht eine klare und handhabbare Regelung für ihre Rechtschreibung. Die Regeln, denen die deutsche Rechtschreibung folgt, sind 1901 im Grundsatz beschlossen worden. In der Zwischenzeit sind sie (vor allem durch Veränderungen in Neuauflagen des Rechtschreibduden) im Detail z.T. erheblich ausgebaut worden. Das hat zur Folge, dass das Regelwerk kompliziert und unübersichtlich geworden ist; von verschiedenen Seiten her ist daher die Forderung nach einer Revision des Regelwerks erhoben worden.

Internationale Zusammenarbeit

Im Dezember 1986 hat in Wien eine Konferenz stattgefunden, zu der amtliche Vertreter aus den verschiedenen deutschsprachigen Staaten zusammengekommen sind. Hier wurde beschlossen, die Regelung der deutschen Rechtschreibung den heutigen Erfordernissen anzupassen; insbesondere sei eine grössere Vereinfachung der im Laufe der Zeit kompliziert gewordenen Regeln anzustreben.

Im nächsten Jahr soll in Wien auf einer weiteren Konferenz von Vertretern deutschsprachiger Staaten über die Beurteilung des Vorschlages zur Neuregelung und allfälliger Massnahmen in diesem Zusammenhang beraten werden. Auf keinen Fall ist an eine sofortige Realisierung der Vorschläge, noch dazu ohne Abstützung in der Öffentlichkeit, zu denken.

Wo der Rotstift ansetzen könnte

Die wissenschaftliche Vorbereitung einer Neuregelung wird – wie eingangs bereits erwähnt – vom Institut für deutsche Sprache in Mannheim koordiniert. Der Bericht lässt die Grundregelung in allen Vorschlagsbereichen unangetastet; es sollen aber verschiedene Unter-, Ausnahme- und Sonderbestimmungen der gegenwärtigen Regelung aufgehoben werden. Im einzelnen betrifft das z.B. Fälle wie die folgenden

- Die Regeln zur Kommasetzung vor *und*, *oder* usw. sowie vor Infinitiv- und Partizipgruppen sollen vereinfacht werden.
- Vereinfacht werden sollen die Trennungsregeln, z.B. bei *st* und bei Fremdwörtern, die den heutigen Sprachgewohnheiten zuwiderlaufen.
- Im Bereich der Getrennt- und Zusammenschreibung sollen Vereinfachungen vorgenommen werden; es soll mehr und konsequenter getrennt geschrieben werden.
- Die Einführung der Kleinschreibung steht nicht vor der Tür. In diesem Bereich wird eine Bestandesaufnahme der Diskussion vorgelegt und es werden zwei Modelle vorgestellt: eines zur «modifizierten Grossschreibung», das bei grundsätzlicher Beibehaltung der heutigen Regelung Komplikationen ausschalten soll;

ein zweites, das zeigt, welche Veränderungen die Einführung der Kleinschreibung bringen würde.

- Grundsätzlich unangetastet bleibt auch die Laut-Buchstaben-Beziehung (die Schreibung der Wörter); allerdings sieht der Kommissionsvorschlag hier einzelne Veränderungen vor, über die noch zu diskutieren sein wird. Sie betreffen die Aufhebung isolierter Schreibungen. So soll in Zukunft z.B. *nummerieren* (mit Doppel-m) statt wie bisher *numerieren* (mit Einfach-m) geschrieben werden; die vorgeschlagene Korrektur stellt die einleuchtende Analogie zur vertrauten Schreibweise *Nummer* her.

Und die Schweiz?

Die in dieser Sache in der Schweiz federführende Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat schon im Jahr 1986 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die wissenschaftliche Arbeit an einer Neuregelung der deutschen Rechtschreibung in den anderen deutschsprachigen Staaten kritisch begleitet. Diese unter der Leitung des Zürcher Professors Horst Sitta stehende Expertengruppe wird während der nächsten Monate eine Stellungnahme zu dem Vorschlag des Instituts für deutsche Sprache erarbeiten. Im Anschluss daran wird festzulegen sein, wie weitere Kreise, wie Fachinstanzen, Schriftsteller- und Journalistenverbände, Bildungssachverständige, die interessierte Öffentlichkeit und politische Entscheidungsträger in den Meinungsbildungsprozess einzubeziehen sind. Wenn die entsprechenden Diskussionen konstruktiv verlaufen sollen, so ist dringend vorgängige Umsetzungsarbeit zu leisten, die in diesen Tagen von der erwähnten Expertengruppe an die Hand genommen wird. Die EDK wird über den Stand der Beratungen informieren.

Wechsel beim Film-Institut

Die Generalversammlung des Film-Instituts (Schweizer Schul- und Volkskino) hat zum neuen Präsidenten dieser gemeinnützigen Institution und dieses grössten Filmverleihers der Schweiz den bisherigen Direktor Jean-Pierre Dubied (Toffen) und als Vizepräsidenten Dr. Max Frenkel (Zuchwil) gewählt. Als Folge der engeren Zusammenarbeit mit der Erziehungsdirektorenkonferenz und mit dem Biga soll die pädagogische Abteilung personell wesentlich verstärkt werden. Über alle Erwartungen erfolgreich hat sich der Verleih des vom Film-Institut mit initiierten Drogenfilms «The World is yours» von Mario Cortesi angelassen.